

Es geht nicht ohne internationalen Ordnungsrahmen

Zum Verhältnis von Markt und Staat im Angesicht der Finanzkrise



Tim Krieger

In der europäischen Finanzkrise wird zunehmend die Frage nach dem Verhältnis von Politik und Wirtschaft gestellt, da der Staat scheinbar von den Märkten getrieben wird. Im vorliegenden Beitrag wird jedoch anders argumentiert: Das „Primat der Politik“ ist nicht verloren gegangen; vielmehr sind den heutigen krisenhaften Entwicklungen bewusste politische Entscheidungen vorangegangen. Der tiefer liegende Grund für die heutige Krise ist der Versuch, aus politischer Opportunität gegen die Kräfte des Wettbewerbs zu handeln, anstatt die Märkte zum Wohle des Gemeinwesens wirken zu lassen.

In Thomas Hobbes' staatstheoretischem Werk *Leviathan* aus dem Jahr 1651 wird der Urzustand der Menschheit als Anarchie beschrieben, in der die Eigeninteressen der Menschen mit der allgemeinen Knappheit der Ressourcen kollidieren und zu einem Krieg „aller gegen alle“ führen. Erst die Schaffung eines konstitutionellen Regelrahmens mit präzise definierten Eigentumsrechten, die jeweils durch die absolute Autorität des Herrschers (in moderneren Interpretationen: eines demokratischen Rechtsstaats) garantiert waren, sorgte für eine Befriedung dieser unerfreulichen Ausgangslage und für wirtschaftliche Prosperität.

Das Geschehen auf den internationalen (Finanz-)Märkten mit ihrem vermeintlich zügellosen Finanzkapitalismus erinnert manchen an Hobbes' Urzustand mit einem „Recht des Skrupelloseren“ und Marktergebnissen, die – aus gesellschaftlicher Sicht – bedrohlich wirken. In der Tat kennt die „unsichtbare Hand“ des Marktes – anders als Menschen oder die Politik (die ja ihrerseits von Menschen betrieben wird) – keine Loyalitäten und keine Heimatländer. Wenn auch „im Aggre-

gat“ den Wohlstand der Gesellschaft erhöhend, sorgt sie doch für harte Ausleseprozesse auf den Märkten, die breite Bevölkerungsschichten erheblich belasten können, etwa wenn sie zu einer Vermachtung der Märkte (z. B. durch Monopolbildung) oder einer stark zunehmenden Einkommensungleichheit führen. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, bedarf es eines geschickt gesetzten Regelrahmens mit einem „marktangepassten“ Handeln der Politik, innerhalb dessen der Wettbewerb seine positiven Wirkungen umfangreich für alle Bürger entfalten kann.



Der Staat muss den Regelrahmen setzen, in dem das Marktgeschehen positiv wirken kann

Der Staat verfügt für die zentrale Aufgabe der Regelsetzung und -durchsetzung auf den Märkten über einen „komparativen Vorteil“ (North 1981). Er – und nur er – verfügt über das Gewaltmonopol, das es erlaubt, Eigentumsrechte zu spezifizieren und diese auch durchzusetzen. Diese Fähigkeit soll im Folgenden als das „Primat

der Politik“ interpretiert werden. Mit ihr kann der Staat – so er denn will – eben jenen Regelrahmen auswählen, der den Wohlstand der Menschen aus dem wettbewerblichen Marktgeschehen in bestmöglicher Weise erhöht. Dabei befindet sich der Staat in einer Interdependenz mit der Ökonomie, weil er sich nicht über die Märkte und die Kräfte des Wettbewerbs erhebt, sondern sie in möglichst vorteilhafter Weise „ordnet“.

Die Aufgaben des Staates werden durch Richard Musgraves (1959) Unterteilung in drei zentrale Bereiche umfassend beschrieben.

- Danach hat der Staat erstens die „allokative“ Aufgabe, die Funktionsfähigkeit der Märkte (in einem umfassenden Sinne) zu garantieren und „Marktversagen“ zu verhindern, bspw. indem er ein funktionsfähiges Rechtssystem garantiert. Er verwirklicht also mit seinen institutionellen Rahmensetzungen zur Sicherung der Funktionsfähigkeit wettbewerblicher Märkte die traditionelle Vorstellung eines Primats der Politik.